

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/0174

Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **SuS**

Empfehlung des Bürgerrates "Ernährung im Wandel" - Kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen

Antrag: DIE LINKE.

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.03.2024	22	Ö	Kenntnisnahme
Jugendhilfeausschuss	26.06.2024	9	Ö	Beratung
Schulbeirat	03.07.2024	5	Ö	Beratung
Gemeinderat	16.07.2024		Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen, da es zum jetzigen Zeitpunkt weder eine städtische Gegenfinanzierung noch bundes- beziehungsweise landesweite Förderungen gibt. Sollten zukünftig staatliche Fördergelder die Elternbeiträge vollständig oder anteilig ersetzen können, könnte die Stadt Karlsruhe vollständig kostenneutral oder mit geringeren Mehrkosten ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Schüler*innen anbieten.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: zusätzlich rund 16 Millionen Euro zu den bereits budgetierten Aufwendungen Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

- 1. Die Stadt Karlsruhe folgt der Empfehlung des Bürgerrates, der im Januar als wichtigste seiner 9 Empfehlungen an die Politik die Forderung nach kostenlosen Mittagessen für Kitakinder und Schüler*innen erhebt.**

Im Haushaltsjahr 2023 lagen die Gesamtkosten für das Schulmittagessen bei etwas über 4,8 Millionen Euro. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Essensentgelten in Höhe von 2,2 Millionen Euro. Daraus ergibt sich ein Kostendeckungsgrad von 44,19 Prozent. Seit Januar 2024 wird ein anteiliger Beitrag von 4,00 EUR pro Essen erhoben. Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Haushaltssicherung beschlossen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung ist die Situation vergleichbar, wobei der anteilige Beitrag pro Mittagessen für die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft 3,50 Euro beziehungsweise für dritte und weitere Kinder 2,50 Euro beträgt und ebenfalls nicht kostendeckend ist. Bei der Forderung nach kostenlosem Mittagessen sind die große Trägervielfalt in der Karlsruher Kita-Landschaft (88 Prozent der Kita-Plätze befinden sich in freier beziehungsweise privat-gewerblicher Trägerschaft) sowie die Kindertagespflege zu berücksichtigen.

Um allen Kindern und Schüler*innen im Stadtkreis Karlsruhe einheitlich ein kostenloses Mittagessensangebot ohne anteilige Gegenfinanzierung durch Elternbeiträge zu ermöglichen, müsste die Stadt Karlsruhe erhebliche Mehrausgaben in Höhe von insgesamt rund 16 Millionen Euro (circa. 2,2 Millionen Euro für den Zuständigkeitsbereich des Schul- und Sportamtes; circa. 14 Millionen Euro für den Bereich der Sozial- und Jugendbehörde) stemmen. Außerdem ist damit zu rechnen, dass ohne Eigenanteil mehr Essensportionen bestellt als tatsächlich abgeholt werden, so dass sowohl Kosten als auch Speisereste steigen würden.

Für die Umsetzung eines kostenfreien Mittagessens wären nach Einschätzung der Verwaltung finanzielle Unterstützungsleistungen von Bund und Land notwendig.

- 2. Die Stadt erarbeitet innerhalb von 2 Jahren einen Umsetzungsplan, mit dem Ziel für alle Schüler*innen an Karlsruher Grund- und Ganztages- Schulen sowie städtischen Kitas ein beitragsfreies und ausgewogenes Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzubieten.**

Die Stadt Karlsruhe versorgt die Kinder und Jugendlichen bereits an allen Ganztagsgrundschulen, an zahlreichen weiterführenden Schulen und Kindertageseinrichtungen mit einem ausgewogenen und gesundheitsfördernden Mittagessen, das von den Caterern nach den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zusammengestellt und zubereitet wird. Die Vorgaben der DGE sind bereits jetzt Bestandteil der Leistungsbeschreibungen in den Vergabeverfahren.

- 3. Entsprechende Mittel zur Finanzierung dieses Projektes beantragt die Stadt Karlsruhe bei der Bundes- und Landesregierung. Ein Beschluss zur Mit-Finanzierung durch die Stadt erfolgt mit den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2026/2027.**

Die Empfehlung des Bürgerrates, das kostenfreie Mittagessen mindestens zur Hälfte vom Bund zu finanzieren, ist bisher nicht umgesetzt. Bisher liegen noch keine verbindlichen Zusagen von Bund und Ländern zu den Forderungen des Bürgerrates vor, ebenso wenig Informationen zu Vorschlägen zur Finanzierung durch Bund und Länder. Erst wenn die Empfehlung des Bürgerrates übernommen wird und ein Finanzierungskonzept vorliegt, wird die Stadt Karlsruhe die Erarbeitung eines Konzeptes einschließlich eines Finanzierungsplans anstoßen können. Sofern staatliche Fördergelder die Elternbeiträge vollständig oder anteilig ersetzen können, könnte die Stadt Karlsruhe vollständig kostenneutral oder mit geringeren Mehrkosten ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Schüler*innen anbieten. Dabei sollten auch Aspekte der Nachhaltigkeit und insbesondere der Restevermeidung berücksichtigt

werden. Aktuell übernimmt das Bildung-und-Teilhabe-Programm des Bundes bereits die Elternbeiträge für armutsgefährdete Kinder.

Eine zeitlich verbindliche Einschätzung kann die Verwaltung zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgeben und empfiehlt deshalb, die bundesweiten Entwicklungen abzuwarten.

Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen

Bei Ausfall der Elternbeiträge für die Verpflegung müssen diese in Höhe von insgesamt rund 16 Millionen Euro, bei weiterhin steigenden Verpflegungs- und Personalkosten, vollständig von der Stadt Karlsruhe übernommen werden.